

Sebastian Heilmann

## Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses:

### Abstimmungsrevolten und regionale Sonderinteressen

Die knapp dreitausend Delegierten des Nationalen Volkskongresses (NVK) werden häufig als "Armee der Händeheber" (*jushou dajun*) und als gefügige Rädchen im Getriebe einer parteigelenkten "Abstimmungsmaschine" (*biaojue jiqi*) abgetan. Bereits in den Vorjahren hatten sich jedoch die Anzeichen für eine politische Belebung des nationalen Volksvertretungs- und Gesetzgebungsorgans verstärkt. (Siehe C.a., 1994/3, S.266-275)

Die Kontroversen und Abstimmungsrevolten auf der diesjährigen Jahrestagung (5.-18. März) führten deutlich vor Augen, das mit dem Nationalen Volkskongreß in Zukunft zu rechnen ist. Der NVK könnte im Falle offener Machtkämpfe oder einer Lähmung der Entscheidungszentrale nach Deng Xiaopings Tod rasch an politischem Gewicht gewinnen. Im Falle eines Kollaps der Kontrollstrukturen der Kommunistischen Partei wird er vermutlich sogar eine zentrale Rolle in den innenpolitischen Auseinandersetzungen spielen.

#### Abstimmungsergebnisse im NVK (März 1995)

	Zustimmung	Gegenstimmen/ Enthaltungen
<i>Personalfragen:</i>		
Jiang Chunyun (Stellv. Premier)	64%	36%
Wu Bangguo (Stellv. Premier)	86%	14%
<i>Gesetzgebung:</i>		
Zentralbankgesetz	67%	33%
Erziehungsgesetz	74%	26%
<i>Tätigkeitsberichte:</i>		
Oberste Volksstaatsanwaltschaft	78%	22%
Oberstes Volksgericht	82%	18%
Haushalt	91%	9%
Regierung Li Peng	97%	3%

#### Reaktionen auf Li Pings Tätigkeitsbericht

In seinem Bericht über die Regierungstätigkeit gestand Li Peng in diesem Jahr ungewöhnlich viele, vor allem wirtschaftspolitische Fehler ein. Besonders in der Eindämmung der Inflation (der Anstieg der Lebenshaltungskosten 1994 wurde offiziell mit 24,1% angegeben) sei die Regierung nicht sehr erfolgreich gewesen. Große Schwierigkeiten beständen auch im Agrarsektor und in der Versorgung der Bevölkerung mit erschwinglichen Nahrungsmitteln. Viele Bauern zögen sich aus dem Getreideanbau zurück, und die Preise für Agrarprodukte seien in einem raschen Anstieg begriffen. Inflationsbekämpfung und Ankurbelung der Agrarproduktion müßten deshalb Schwerpunkte der Regierungsarbeit im Jahre 1995 bilden.

Der beiläufige Vorschlag Li Pings, die lokalen Führungskader verantwortlich für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu machen, traf bei einigen Delegierten auf Unverständnis. Sie fragten, mit welchen Mitteln die regionalen Führungen die Versorgung sicherstellen sollten und was geschehe, wenn die Aufgabe nicht eigenständig zu bewältigen sei. Die Regierung blieb eine Antwort schuldig. Andere Abgeordnete kritisierten den Mangel eines konkreten Maßnahmenkatalogs zur Steigerung der Agrarproduktion im Regierungsbericht. Die Erfolglosigkeit bei der Eindämmung der Inflation war ebenfalls Gegenstand deutlich formulierter Kritik. (Vgl. *Dongxiang*, 1995/3, S.6; FEER, 23.3.95; AWSJ, 9.3.95.)

Li Pings Bericht erfuhr nach den Erörterungen im NVK an sechzehn Stellen Veränderungen, die sich vor allem auf die Bereiche Finanzpolitik, Landwirtschaft sowie Inflations- und Korruptionsbekämpfung bezogen. 97% der Delegierten billigten schließlich den Tätigkeitsbericht der Regierung. Diese breite Zustimmung ist ein Erfolg des immer ausgedehnten Konsultationsprozesses, der im Vorfeld der NVK-Tagung stattfindet und in den alle wichtigen Akteure und Institutionen des politischen Systems einbezogen werden. 1992 hatte Li Peng massive Kritik an seinem Tätigkeitsbericht hinnehmen und mehr als 150 Textrevisionen vornehmen müssen. Eine solche Blamage hat er durch einen aufwendigen Sondierungsprozeß, der den Tagungen vorausgeht, in den letzten drei Jahren vermeiden können.

#### Der Staatshaushalt und die Reform des Steuersystems

In der Haushaltsrede von Finanzminister Liu Zhongli wurde deutlich, daß die Zentralregierung zwar Erfolge in ihren Bemühungen um die Durchsetzung der Steuerreformen des letzten Jahres vorweisen kann. Andererseits aber lassen sich die regionalen Führungen weiterhin nur schwer in ihrer oft allzu lockeren Ausgaben- und Investitionspolitik von Beijing aus bremsen.

Die im letzten Jahr eingeführten Maßnahmen zur Reform des Steuersystems, die den Staatshaushalt auf eine solide Grundlage stellen und die fiskalische Stellung der Zentralregierung stärken sollten, werden vom Finanzministerium verhalten positiv beurteilt. Die meisten regionalen Führungen haben sich offenbar seit der zweiten Jahreshälfte 1994 kooperationsbereit gegenüber Beijing gezeigt. Der Anteil der Zentralregierung am nationalen Steueraufkommen sei auf rund 60% gestiegen. Welche Anstrengungen nötig waren, um die Kooperation der Provinzfürhungen in dieser Sache zu erreichen, machte der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji in einem Interview mit der *Beijinger Jugendzeitung* deutlich: Er habe von Provinz zu

Provinz ziehen müssen, um die Umsetzung der Steuerformen zu gewährleisten. 2,5 Kilogramm seines Körpergewichts habe er bei diesem Verhandlungsmarathon eingeübt. (FEER, 30.3.95; IHT, 7.3.95)

Die Staatsausgaben sollen in diesem Jahr um knapp 10% auf insgesamt 636 Mrd. Yuan RMB wachsen. Das Haushaltsdefizit könne auf etwa 2,7% des chinesischen Bruttoinlandsprodukts begrenzt bleiben. Wie 1994 soll knapp die Hälfte der Einnahmen Beijings wieder an regionale Regierungen transferiert werden (im Detail siehe Übersichten "Binnenwirtschaft"). Um diese Mittel dreht sich ein harter Wettbewerb vor allem der ärmeren Inlandsprovinzen untereinander.

### Unzufriedenheit mit der Arbeit der Justizorgane

Der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Ren Jianxin, und der chinesische Generalstaatsanwalt, Zhang Siqing, wiesen in ihren Tätigkeitsberichten wie schon im letzten Jahr auf den raschen Anstieg der Kriminalität in der Gesellschaft und auf die damit verbundene Gefährdung der inneren Sicherheit hin. Beide berichteten von einer wachsenden Zahl von Korruptionsfällen und einer um sich greifenden Wirtschaftskriminalität, die sich Lücken in der staatlichen Gesetzgebung zunutze mache. Wenn man diese Mißstände nicht entschieden bekämpfe, werde der Wirtschaftsaufbau dadurch beeinträchtigt.

Die NVK-Delegierten reagieren in den letzten Jahren mit einer stetig zunehmenden Zahl von Gegenstimmen auf die Rechenschaftsberichte von Oberster Volksstaatsanwaltschaft und Oberstem Volksgericht. Während im letzten Jahr noch 18% bzw. 14% die Entlastung verweigert hatten, waren es in diesem Jahr 22% bzw. 18%. Die Sorge angesichts der wachsenden Kriminalität ist nicht nur im NVK, sondern auch in der chinesischen Bevölkerung verbreitet. Die Justizorgane werden für den Ordnungsverfall verantwortlich gemacht.

### Lobbying der Regionaldelegationen

Im NVK sind viele Spitzenfunktionäre aus regionalen Partei- und Verwaltungsführungen vertreten, die die Jahrestagungen als Forum nutzen, um für die Interessen ihrer Regionen zu werben. In den Sitzungen der regionalen Delegationen und in den zahllosen informellen Gesprächen mit Mitgliedern der Zentralregierung am Rande der NVK-Tagung betreiben die Provinzvertreter ein intensives Lobbying für ihre Sonderinteressen. Einige Provinzdelegationen bemühten sich beispielsweise um Kontakte zu einflußreichen Veteranenkadern. So besuchte eine Gruppe hochrangiger Abgeordneter aus der Provinz Shanxi die Revolutionsveteranen Peng Zheng und Bo Yibo. Beide Veteranen stammen aus Shanxi und bekundeten Interesse an den Entwicklungen in ihrer Heimatprovinz. (Xinhua, 16.3.95)

Konkrete Forderungen nach wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung kamen auch in diesem März vor allem aus den ärmeren Regionen Chinas. Funktionäre aus der Autonomen Region Guangxi verlangten Steuervergünstigungen und verstärkte Infrastrukturinvestitionen für ihr Heimatgebiet. Die Führung der Shaanxi-Delegation startete eine regelrechte Werbekampagne mit Hochglanzbrochüren und Informationsveranstaltungen über ihre Provinz. Auch andere Vertreter der Inlandsregionen setzten sich für eine verstärkte Unterstützung infrastruktureller

Großprojekte (Bau von Kraftwerken, Straßen, Wasserversorgungsnetzen etc.) durch die Zentralregierung ein. (SCMP, 17.3.95)

Vertreter aus Ningxia verwiesen auf den hohen Anteil von Armutsgebieten in der Autonomen Region. 27% der Bevölkerung lebten immer noch unterhalb der Armutsgrenze, während im nationalen Durchschnitt nur noch 7,5% unter diese Grenze fielen. Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums besonders in den Siedlungsgebieten ethnischer Minderheiten müsse eine vorrangige Aufgabe für die Zentralregierung sein. (ZXS, Beijing, 6.3.95) In Sitzungen mit den Delegationen aus Ningxia, Qinghai und Shaanxi gestand Li Peng ein, daß die Zentralregierung nicht nur das Gefälle zwischen östlichen und westlichen Regionen innerhalb Chinas in seiner Bedeutung anerkennen, sondern aktiv Bedingungen schaffen müsse, diese Divergenzen zu vermindern. (Xinhua, 7.3.95) Konkrete Zusagen vermied Li Peng jedoch.

Es zeigte sich während der Jahrestagung, daß das Verhältnis der Provinzfunktionäre zur zentralen Partei- und Staatsführung keineswegs ungetrübt ist. Zumindest ein Teil der regionalen Delegierten ist verstimmt angesichts der jüngsten Bemühungen der Beijinger Führung, die "Makrosteuerung" von Wirtschaft und Finanzen unter zentrale Kontrolle zu bringen. Öffentlich bekennen sich sämtliche Provinzvertreter zwar zu einer loyalen Umsetzung der von Beijing beschlossenen Politik etwa im Bereich der Steuergesetzgebung und der öffentlichen Ausgabenbegrenzung. Die Ergebnisse der Abstimmungen im NVK (siehe unten) deuten aber zum Teil auf Widerstände bestimmter Regionen gegen Beijinger Personal- und Sachentscheidungen hin, obwohl sich die Führungsspitze emsig um Unterstützung unter den regionalen Delegationen bemühte: Jiang Zemin stand zwölf Delegationen Rede und Antwort, Li Peng suchte immerhin sieben Abordnungen auf. (CNA, No.1532, 1.4.95, S.4.)

### Kritik aus der Hongkong-Delegation

An den jährlichen Sitzungen des NVK nehmen auch mehr als zwanzig Delegierte aus Hongkong teil, von denen sich in den Vorjahren nur einzelne mit kritischen Stellungnahmen hervorgetan hatten. In diesem März hingegen formulierte der Delegations Sprecher (Ng Hong-mun) im Namen seiner Kollegen offene Kritik an der Mißachtung, die die Delegierten durch die Hongkonger Zweigstelle der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua erfuhren. (Die Xinhua-Zweigstelle in Hongkong dient als Mantelorganisation für mehrere Organe der Kommunistischen Partei Chinas, darunter das Hongkong-Arbeitskomitee der KPCh sowie Geheimdienststellen, und stellt das wichtigste ständige politische Kontrollorgan Beijings in der Kronkolonie dar.)

Der Leiter der Xinhua-Zweigstelle Zhou Nan wurde von den Hongkonger NVK-Delegierten kritisiert, da er kaum je zu einem Meinungs austausch zur Verfügung stehe und die Vorschläge der Delegierten zur Hongkong-Politik nicht zu schätzen wisse. So komme es, daß die Vertreter Hongkongs kaum über zufriedenstellende Kommunikationskanäle nach Beijing verfügten. (SCMP, 18./19.3.95.)

Zhou Nan (der im letzten Sommer wegen des Baus einer luxuriösen Privatresidenz bei Beijing unter Beschuß geraten war, den Anschuldigungen aber mit der Abtretung der Immobilie an den lokalen Parteiapparat aus dem Weg ge-

gangen war) vertritt eine harte Linie gegenüber der britischen Kolonialregierung und hat sich bisher nicht um engere Kontakte zur Hongkonger Bevölkerung bemüht.

Die herablassende Behandlung der Hongkonger NVK-Delegierten durch den wichtigsten Vertreter der VR China in der Kronkolonie läßt gewisse Rückschlüsse darauf zu, wie die chinesische Führung mit der Legislative der künftigen Sonderverwaltungszone nach 1997 umzugehen gedenkt.

### Der Verteidigungshaushalt und die Armeedelegation

Die im NVK mit 267 Delegierten überaus stark vertretene Volksbefreiungsarmee konnte auch in diesem Jahr zufrieden mit den Zuwachsraten des Verteidigungshaushalts sein: dieser soll um etwa 21% auf rund 63 Mrd. Yuan RMB wachsen. In den letzten Jahren hat der Militärhaushalt damit jeweils über zwanzigprozentige Zuwächse zu verzeichnen.

In Ostasien und auch in der westlichen Welt wird das Wachstum des chinesischen Militärbudgets häufig als Zeichen für hegemoniale Bestrebungen der VR China angesehen. Die chinesische Führung verweist hingegen auf notwendige Modernisierungsmaßnahmen und auf Inflationausgleichszahlungen an die rund drei Mio. Angehörigen der VBA. Westliche sicherheitspolitische Forschungsinstitute schätzen, daß die VBA mit den Einnahmen aus Waffenhandel, kommerziellen Geschäften und Mitteln aus anderen Haushaltsposten de facto über ein mehrfach höheres Budget verfüge. (SZ, 7./8.3.95.)

Während der Sitzungen der Armeedelegation machten die Leiter der drei VBA-Hauptabteilungen (Generalstab, Politische Hauptabteilung, Logistische Hauptabteilung), Zhang Wannian, Yu Yongbo und Fu Quanyou, deutlich, daß eine zentralisierte und geeinte Armeeführung für die Aufrechterhaltung der Stabilität im Lande unabdingbare Voraussetzung sei. Die "absolute Führung der Partei über die Armee" und die Autorität der zentralen Parteiführung mit Jiang Zemin als "Kern" müßten "in einer Zeit des sozialen Umbruchs" unter allen Umständen gewährleistet bleiben.

Im Hinblick auf die umstrittenen unternehmerischen Aktivitäten des Offizierskorps wies Fu Quanyou (Logistische Hauptabteilung) zweideutig darauf hin, daß die Armee den Anforderungen sowohl des "Marktes" als auch des "Schlachtfeldes" genügen müsse. (Xinhua, 7.3.95) Admiral Liu Huaqing, der stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Militärkommission, betonte (auf einer Sitzung im Rahmen der synchron tagenden Politischen Konsultativkonferenz), daß der "ideologische und politische Aufbau" weiterhin die wichtigste Aufgabe für die Armee darstelle: Die guten Traditionen der Volksbefreiungsarmee müßten weiterentwickelt werden und die Widerstandskräfte gegen eine "dekadente kapitalistische Ideologie" in der Armee gestärkt werden. (Xinhua, 7.3.95.) Hier schwingen deutliche Vorbehalte gegenüber den außermilitärischen geschäftlichen Tätigkeiten mit, die sich negativ auf Disziplin und Kampfkraft in bestimmten Truppeneinheiten auswirken. (Vgl. C.a., 1995/2, S.21-35.)

### Delegierte treten für politische Aufwertung des NVK ein

Harte Kritik übten einzelne Delegierte an der mangelnden Einbeziehung des NVK in die Entwurfsarbeiten zu so wichtigen Gesetzgebungsprojekten wie dem neuen Bildungsgesetz. Die Arbeiten an diesem Gesetz hätten zehn

Jahre in Anspruch genommen; dennoch sei der Gesetzentwurf den Abgeordneten erst einen Tag vor Beginn der NVK-Jahrestagung zugestellt worden. Gefordert wurde auch die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Aufsichts- und Kontrollkompetenzen der Volkskongresse aller Ebenen gegenüber Regierungsstellen stärkt und verbindlich festschreibt. (SCMP, 16.3.95.)

In einer Sitzung der NVK-Delegation aus der Provinz Guangdong, die für ihre lebhaften Diskussionen und deutlichen Worte bekannt ist, kam es zu offener Kritik von seiten der Delegierten. Während eines Besuchs des stellvertretenden NVK-Vorsitzenden Tian Jiyun forderten einige Guangdonger Delegierte die Parteiführung dazu auf, die "politischen Voraussetzungen" dafür zu schaffen, daß der NVK seine in der Verfassung vorgesehene Funktion als "höchstes Organ der Staatsmacht" tatsächlich ausüben könne. Der NVK müsse stärker in wichtige politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden und müsse auch Einfluß auf die Kandidatennominierung für staatliche Spitzenpositionen nehmen können. Einige Parteiführer wollten offenbar den NVK auf eine bloß "dekorative" Rolle beschränkt wissen; andere sähen den NVK gar nur als Klub der Ämterlosen und Ruheständler an. (*Jiushi Niandai*, 1995/4, S.26-27; SCMP, 17.3.95.)

### Unstimmigkeiten im NVK-Präsidium: Der Vorstoß Tian Jiyuns

Ähnlich kritische Stimmen hatte es schon vereinzelt in den Vorjahren gegeben. Eine besondere Note bekam die Diskussion innerhalb der Guangdonger Delegation aber durch Positionen, die der stellvertretende NVK-Vorsitzende Tian Jiyun zu den Fragen und Beschwerden der Delegierten bezog.

Tian gestand ein, daß in vielerlei Hinsicht die Volkskongresse aller Ebenen immer noch nicht genug Courage aufbrächten, als vollwertige Aufsichts- und Kontrollorgane über die Regierungsstellen zu fungieren. Auch der Ständige Ausschuß des NVK sei von dieser übervorsichtigen Haltung nicht ausgenommen. Man benötige aus diesem Grunde dringend ein Gesetz, das die Aufsichtsbefugnisse der Volkskongresse klar definiere und als Grundlage eines "Kontrollmechanismus" (*jiandu jizhi*) dienen könne. Auch wäre es den "Erfordernissen der Demokratie" zuträglich, wenn bei der Wahl von Regierungsmitglieder künftig eine Konkurrenz mehrerer Kandidaten zugelassen würde. Der NVK solle an der Nominierung beteiligt werden. (SCMP, 17.3.95; *Zhengming*, 1995/4, S.6-9)

Mit diesen Forderungen sprach Tian Jiyun einem Teil der Delegierten offensichtlich aus dem Herzen. In der Parteiführung aber und von anderen Mitgliedern des Kongreßpräsidiums - darunter auch der von einigen westlichen China-Beobachtern leichtfertig als "Liberaler" eingestufte NVK-Vorsitzende Qiao Shi - wurden Tians Äußerungen als unverantwortlicher Alleingang eingeschätzt, der erheblich zu den Eigenwilligkeiten vieler Delegierter in den Abstimmungen über Personalfragen und Gesetzesvorlagen beigetragen habe.

Jiang Zemin, Qiao Shi und Propagandachef Ding Guan'gen verhinderten die amtliche Verbreitung der Äußerungen Tians und kritisierten besonders die Passagen, die sich mit der Reform von Personalabstimmungen beschäftigten. Jiang Zemin gab in einem kurzen Aktenvermerk (*pishi*) die Anweisung, daß man das Problem inner-

halb der Parteiführung diskutieren müsse, es jedoch nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden dürfe. Sämtliche Mitglieder des Politbüros sollen Jiang Zemins Weisung nachdrücklich unterstützt haben. (*Zhengming*, 1995/4, S.8-9)

Von besonderem Interesse wird nun sein, wie die weitere politische Karriere Tian Jiyuns, eines ehemaligen Mitstreiters des 1989 gestürzten KP-Generalsekretärs Zhao Ziyang, verlaufen wird. Eine Ablösung oder ein Rücktritt wären keine Überraschung. Die Ermunterungen Tians, gegenüber Parteiführung und Regierung eine größere politische Courage zu zeigen, haben jedoch den Selbstbehauptungswillen der Abgeordneten während der Schlußtage der Jahrestagung offenbar beflügelt.

### Revolten in Abstimmungen über Personalfragen

Zu spektakulären Abstimmungsrevolten ist es im NVK in der Vergangenheit nur selten gekommen, so etwa 1992, als rund ein Drittel der Delegierten dem Großprojekt des Drei-Schluchten-Staudamms am Changjiang (Jangtsekiang) die Zustimmung verweigerte. Für Überraschungen in Personalwahlen, die sich gewöhnlich auf eine Bestätigung der von den KP-Organisationsabteilungen benannten Kandidaten beschränken, haben in den vergangenen Jahren einige Provinz-Volkskongresse gesorgt. Sie lehnten die von Beijing aufgestellten Alleinkandidaten ab und wählten statt dessen von Abgeordnetengruppen nominierte Kandidaten. (Die Beijinger Parteizentrale zögerte jeweils tagelang mit der offiziellen Bestätigung dieser unerwarteten Wahlausgänge; siehe ausführlich meinen Beitrag "Die 'Abstimmungsmaschinen' der chinesischen Volkskongresse: Ansätze des Aufbegehrens?", in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/1995, S.113-140, hier S.132-134.)

Auf der diesjährigen Sitzung des NVK sollten zwei neue stellvertretende Ministerpräsidenten gewählt werden. Es zeigte sich eine beachtliche Opposition zumindest gegen einen der Kandidaten, die von der Parteiführung benannt worden waren. Auf dem ZK-Plenum der Kommunistischen Partei im letzten September hatten Wu Bangguo (aus Shanghai) und Jiang Chunyun (aus Shandong) dank der entschiedenen Fürsprache einiger mächtiger Veteranenkader und gegen verbreitete Bedenken als zusätzliche ZK-Sekretäre durchgesetzt werden können. Die Beijinger Führung war also vorgewarnt, daß die Personalentscheidungen auch im NVK vermutlich keineswegs unumstritten bleiben würden. So wurden die Delegierten des NVK, besonders die Mehrheit der KP-Mitglieder unter ihnen, vor der Endabstimmung wiederholt an ihre Pflicht zur Parteidisziplin erinnert. Das Kongreßpräsidium wollte auf alle Fälle eine hohe Zustimmung sichern. (*Zhengming*, 1995/4, S.7)

Dennoch verweigerten im Falle Jiang Chunyuns 33% der Delegierten die Zustimmung, im Falle Wu Bangguos 14%. In einem demokratisch gewählten Parlament wären diese Stimmenanteile ein ausgezeichnetes Ergebnis. Im chinesischen NVK, in dem man sich an Zustimmungsraten von über 90% gewöhnt hat, sind mehr als 10% Gegenstimmen und Enthaltungen als deutliche Mißfallenskundgebung anzusehen. (Bei der Verlängerung seiner Amtszeit 1993 hatte Ministerpräsident Li Peng 12% Gegenstimmen und Enthaltungen zu verzeichnen gehabt, was weithin als Protestwahl bewertet worden war.)

Wogegen richtete sich die Opposition der Delegierten in diesem März? Daß die Beijinger Parteiführung die Kandidaten über die Köpfe der Delegierten hinweg zu benennen

pflegt und eine selbstverständliche Bestätigung durch den NVK erwartet, ist einer wachsenden Minderheit von Delegierten offensichtlich ein Dorn im Auge. Der seit Ende letzten Jahres stark zunehmende Druck aus Beijing, die Autorität der Zentrale (*zhongyang de quanwei*) bedingungslos anzuerkennen, hat ebenfalls den Unmut gegenüber Beijinger Weisungen wachsen lassen. Viele regionale Kader befürchten, daß die von ihnen in den letzten anderthalb Jahrzehnten errungenen Gestaltungsspielräume verloren gehen könnten. Diese Vorbehalte richteten sich auch gegen die Zentralisierung der Geldpolitik, die das neue Zentralbankgesetz vorgibt (siehe unten und Übersichten "Binnenwirtschaft").

Zur Ablehnung speziell Jiang Chunyuns hat wohl auch der schwache Eindruck beigetragen, den dieser auf mehreren Konferenzen in Beijing und in den Provinzen seit dem letzten September hinterlassen hatte. (LHB, Hongkong, 19.3.95, nach SWB, 31.3.95; *Zhengming*, 1995/4, S.48) Jiang Chunyun soll als rhetorisch und geistig schwerfälliger Apparatschik erschienen sein, der nicht dem heute vorherrschenden Typus des Technokraten (Bürokraten mit Ingenieurs-/Hochschulausbildung) entspricht.

Einfluß auf die Zahl der Gegenstimmen und Enthaltungen hatten in jedem Fall die Unzufriedenheiten unter den Delegierten aus Südchina und den Inlandsprovinzen mit der Bevorzugung der Ostküsten-Parteieliten aus Shanghai, Jiangsu und Shandong, die inzwischen einen beachtlichen Teil der Mitglieder von Politbüro, Regierung und Zentralkomitee stellen. (*Asiaweek*, 7.4.95; *Zhengming*, 1995/4, S.7)

Die Überrepräsentierung der Ostküstenregionen widerspricht einem von Deng Xiaoping mit großer Umsicht angewandten Prinzip der Personalauswahl: Um eine möglichst breite Koalition von Repräsentanten verschiedener politischer Gruppierungen aus Partei und Armee zu schmieden, bemühte sich Deng, die wichtigsten Führungskader "von den fünf Seen und vier Meeren" (*wuhu sihai*) in die nationale Verantwortung einzubinden. Tatsächlich sollen einige NVK-Delegierten der Führung um Jiang Zemin indirekt vorgeworfen haben, gegen dieses Proporzprinzip zu verstoßen und damit den Zusammenhalt in Partei und Staat zu untergraben. (*Dongxiang*, 1995/3, S.8.)

Die Provinzvertreter im NVK sind daran interessiert, daß die Belange ihrer Regionen in Beijing angemessen vertreten werden. Wenn Ostküsten-Kader in der Zentralregierung den Ton angeben, fürchten die Repräsentanten der Inlandsprovinzen, im Wettbewerb um die Vergabe zentralstaatlicher Haushaltsmittel und die Gewährung wirtschaftspolitischer Sonderrechte den Kürzeren zu ziehen.

### Kontroversen um Zentralbankgesetz und Bildungsgesetz

Nicht nur in Personalfragen, auch bei der Verabschiedung wichtiger Gesetzesvorlagen kam es auf der diesjährigen Jahrestagung zu Unstimmigkeiten. Das neue Zentralbankgesetz wurde von immerhin 33% der NVK-Delegierten mit Gegenstimmen oder Enthaltungen quittiert. Die Ursachen für diese Mißbilligung waren wohl unterschiedlicher Art: Unter einem Teil der Delegierten war die Auffassung verbreitet, daß der NVK - und nicht die Regierung, wie im Gesetz vorgesehen - die Aufsicht über die Zentralbank übernehmen sollte. (Xinhua, 16.3.95) Die Delegierten

konnten sich mit diesem Vorschlag jedoch nicht durchsetzen. Die Zentralbank wird "unter der Führung des Staatsrates" operieren, und auch die Zusammensetzung des "Komitees für Geldpolitik" wird von der Regierung bestimmt. Zwar muß dieses Gremium dem Ständigen Ausschluß des NVK Bericht erstatten, aber dem NVK kommt nach dem Gesetz keine zentrale Bedeutung in der geldpolitischen Entscheidungsfindung zu. Dies erklärt zumindest einen Teil der Opposition bei der Abstimmung über die Gesetzesvorlage. (NZZ, 21.3.95.)

Bisher haben viele Provinzregierungen die lokalen Zweigstellen der Chinesischen Volksbank als Hausbanken für regionale Investitions- und Kreditbedürfnisse genutzt; die undisziplinierte Ausgabenpolitik auf regionaler Ebene hat aus der Sicht Beijings erheblich zur Inflation beigetragen. Um den unersättlichen Finanzbedürfnissen auf Provinzebene einen Riegel vorzuschieben, war während der Entwurfsarbeiten zum neuen Zentralbankgesetz sogar ein Zusammenschluß der Provinzzweigstellen zu einem Netz von nur noch neun bis zwölf überregional zuständigen Filialen vorgeschlagen worden. (FEER, 30.3.95)

Eine solche Reorganisation und Straffung des Zentralbanksystems konnte aber in der verabschiedeten Fassung des Gesetzes nicht durchgesetzt werden: Jede Provinz wird weiterhin eine Zentralbank-Zweigstelle besitzen. Allerdings haben die Bankvertreter nun dank des neuen Gesetzes bessere Argumente, sich im Dienste einer stabilitätsorientierten Geldpolitik gegen die Begehrlichkeiten der Provinzpolitiker zur Wehr zu setzen. (Im Detail siehe Übersichten "Binnenwirtschaft".)

Auch das Gesetz über das Bildungswesen traf im NVK nur auf verhaltene Zustimmung. Während der Entwurfsarbeiten hatten sowohl im Ständigen Ausschluß als auch im NVK-Plenum zahlreiche Delegierte kritische Einwände geäußert. So traf etwa der Vorschlag, grundsätzlich vier Prozent des BSP für das Bildungswesen aufzuwenden, bei einer größeren Zahl der Abgeordneten auf Zustimmung. Dennoch fand eine entsprechende Formulierung keinen Eingang in den Gesetzestext. Zum Teil erklären sich die 26% Gegenstimmen und Enthaltungen wohl aus dieser Tatsache und aus der prinzipiellen Unzufriedenheit mit den allzu bescheidenen Aufwendungen der Regierung für das Bildungswesen. (NZZ, 20.3.95; im Detail siehe Übersichten "Kultur und Gesellschaft".)

### Der Nationale Volkskongreß und die Zeit nach Deng

Die Belebung des Nationalen Volkskongresses, die während der Diskussionen und Abstimmungen auf der diesjährigen Jahrestagung deutlich wurde, ist zu einem wesentlichen Teil dem gewachsenen Selbstbewußtsein der im NVK dominierenden Provinzvertreter zuzuschreiben. Sie nutzen das Volksvertretungsorgan, um gegenüber der Partei- und Staatsführung ein gezieltes *Lobbying* für regionale Sonderinteressen zu betreiben. In welcher Weise die Politik der Zentralregierung regionale Interessen berührt, gefährdet oder begünstigt, hat entscheidende Bedeutung für das Verhalten der Delegierten in Abstimmungen gewonnen.

Die Beijinger Führung ist gezwungen, in langwierigen Konsultationen und Verhandlungen mit den Repräsentanten regionaler oder militärischer Interessengruppierungen im Volkskongreß um Unterstützung für die Politik der Zentralregierung zu werben: Ein System der permanenten

Verhandlungen ist im Verhältnis zwischen Zentrale und Regionen entstanden, das nicht durch offene Konfrontation, sondern durch einen Zwang zur Kompromißfindung gekennzeichnet ist.

Die amtierende NVK-Führung mit den Politbüro-Mitgliedern Qiao Shi und Tian Jiyun strebt an, die Reform des Wirtschafts- und Rechtssystems aus dem nationalen Gesetzgebungsorgan heraus anzutreiben. Es wird sich allerdings zeigen, ob Tian Jiyun sich mit seinen Aufrufen zu größerer politischer Courage unter den Delegierten diesmal zu weit vorgewagt hat. Zumindes wurden Meinungsunterschiede unter den NVK-Vorsitzenden deutlich: Qiao Shi fand sich nicht zur einer Unterstützung der eigenwilligen Vorstöße seines Stellvertreters bereit. Die von Tian Jiyun befürworteten institutionellen "Kontrollmechanismen" müßten zwangsläufig auch die Machtvollkommenheit der Kommunistischen Partei einschränken. Und dies wird von der Parteispitze um Jiang Zemin, Li Peng und Qiao Shi nicht gewünscht. Ihnen geht es darum, der Außenwelt ein "demokratisches" Erscheinungsbild zu bieten. Insofern kommt die bisher politisch noch nicht gefährliche Opposition im NVK sogar den Propagandaabsichten der Parteiführung entgegen. Schon auf den nächsten Sitzungen des Ständigen Ausschusses wird sich zeigen, welche Konsequenzen die Führung aus dem "Querfeuer" im NVK zieht: ob es zu weiteren Abstimmungsrevolten kommt, oder ob "Stabilität und Einheit" im NVK mit gezielten Drohungen und Repressalien wieder hergestellt werden.

Für die Zeit nach Deng wird der siebzigjährige NVK-Vorsitzende Qiao Shi von einigen China-Beobachtern als möglicher Rivale Jiang Zemins um die höchsten Ämter in Partei- und Staatsführung genannt. Für eine solche Rivalität gibt es zur Zeit kaum Anhaltspunkte. Im Gegenteil scheint sich Jiang Zemin zur Zeit in allen Grundsatzfragen der Kooperation Qiao Shis und anderer Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros ziemlich sicher sein zu können.

Qiao Shi hat sich seit den achtziger Jahren als außerordentlich vorsichtiger Taktiker im chinesischen Machtzentrum erwiesen. Eigenwillige politische Vorstöße und Profilierungsversuche sind seine Sache nicht. Es erscheint deshalb wahrscheinlich, daß Qiao vielleicht schon bei der konstituierenden Tagung des IX. NVK (1997) vom Amt des Parlamentsvorsitzenden zurücktritt und statt dessen die Rolle anstrebt, die den wahrhaft Mächtigen in der chinesischen Politik am meisten behagt: die Rolle eines Patrons, der aus dem Hintergrund über sein gewachsenes Beziehungsgeflecht auf die von der jüngeren Generation geleitete Tagespolitik einwirkt.

Was die Rolle des NVK angeht, so lassen die Entwicklungen der letzten Jahre erwarten, daß im Falle eines Machtvakuum oder einer Lähmung des Entscheidungszentrums das Parlament einen sprunghaften Machtzuwachs verzeichnen könnte. Verschiedene Interessengruppen des politischen Systems - allen voran die regionalen Führungen - werden versuchen, die in der Verfassung festgelegte Rolle des NVK als "höchstes Organ der Staatsmacht" für ihre Belange einzusetzen. Bereits heute hat die zentrale Parteiführung Schwierigkeiten damit, die Disziplin und Loyalität unter den Volkskongreßdelegierten aufrechtzuerhalten. Diese Schwierigkeiten werden mit dem Tode Dengs vermutlich noch wachsen.